



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Barbara Fuchs, Florian Siekmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Haushaltsplan 2022;**

**hier: Zuwendungen an die Ukrainische Freie Universität  
(Kap. 15 06 neuer Tit.)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 15 06 wird ein neuer Tit. „Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen“ ausgebracht und mit Mitteln in Höhe von 100 Tsd. Euro ausgestattet. Die Mittel stehen für einen Zuschuss an die Ukrainische Freie Universität München zur Verfügung.

Es wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100 Tsd. Euro eingefügt.

### **Begründung:**

Im Jahr 2021 feierte die Ukrainische Freie Universität (UFU) ihr 100-jähriges Bestehen. Nach der Gründung in Wien und einer Umsiedlung nach Prag besteht die Universität nun schon seit 1945 in München. Dort stellt sie ukrainischen und anderen Studierenden ein Angebot zum Master- und Doktoratsstudium in ukrainischer und englischer Sprache dar und bietet die Möglichkeit, München, Bayern und Deutschland unmittelbar kennenzulernen. Seit dem Rückzug des Bundes und des Freistaates aus der Finanzierung trägt sich die Universität aus privaten Mitteln.

Derzeit steht die Universität nicht nur durch die Einschnitte, die die Coronapandemie mit sich gebracht hat, vor großen Herausforderungen, sondern vor allem aufgrund des Angriffskriegs auf die Ukraine und der daraus resultierenden Fluchtbewegung aus der Ukraine. Da in der derzeitigen Situation überhaupt nicht absehbar ist, wie lange die Möglichkeit, Abschlüsse in der Ukraine zu erlangen, eingeschränkt oder gar unmöglich ist, hat die Universität einige Maßnahmen ergriffen, die schon ab dem Sommersemester 2022 greifen werden. Leider sind die eingeschränkten Geldmittel der Universität vor dem Hintergrund der eingeschränkten Studierendenzahlen, Räumlichkeiten und Unterbringungsmöglichkeiten ein Problem.

Die Staatsregierung hat daher zugesagt, der Ukrainischen Freien Universität Mittel in Höhe von 100.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Diese sollten nun auch schon im laufenden Haushalt hinterlegt werden.